

Fraktion **DIE LINKE./GAL** im Rat der Stadt Kamen
Rathausplatz 5 – 59174 Kamen

Fraktionsbüro:
Rathausplatz 1
59174 Kamen
Tel.: 02307/ 148-55 00
E-Mail: kdgrosch@gmx.de

Geschäftszeit:
Do 10.00-13.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Kamen, 6.12.2017

Rede zum Stellenplan 2018

Zunächst möchte ich namens der Fraktion DIE LINKE/ GAL allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, insbesondere aber den 21 Beschäftigten, die nicht im Stellenplan auftauchen, weil sie Teilzeitstellen besetzen, für ihre im ablaufenden Jahr geleistete Arbeit danken.

Wir begrüßen es auch, dass die Anzahl Azubis erhöht wurde und so eine angemessene Zahl von Auszubildenden langfristig die aus Altersgründen ausscheidenden Angestellten ersetzen können wird, aber wir sehen noch Ausbildungsreserven bei Berufen außerhalb des Kerngeschäfts der Verwaltung. Mit 2 % der Gesamtbeschäftigten liegt die Anzahl Auszubildender deutlich unter dem von der SPD selbst gesetzten Ziel von 5 %.

Der überwiegende Teil des Personalzuwachses resultiert aus der vom Kreis Unna veranlassten Erweiterung im Bereich Rettungswesen/ Feuerwehr. Da diese Mehrkosten aber durch Gebühren refinanziert werden, stellen sie für die Planung nur einen durchlaufenden Posten dar. Wir begrüßen aber, dass es gelungen ist, für die Musikschule eine halbe Stelle zusätzlich zu schaffen und auf diese Weise die Attraktivität unserer Stadt zu erhöhen.

Trotz Einsparungen und „kw“- Vermerke sieht der Stellenplan, wie von meinem Vorredner bereits erwähnt, geringe Ausweitungen in der Verwaltung vor.

Verständlich erscheint zwar, dass bei den „Flüchtlingen“ aufgrund sinkender Fallzahlen Einsparungen möglich waren bzw. vorgenommen wurden.

Dennoch muss im Bereich der Integration mehr passieren: Die Koordination der Arbeit mit nach Kamen migrierten und noch migrierenden Menschen muss in der Verwaltung geleistet werden. Es scheint, dass der Integrationsrat sich dieser Problematik nicht stellen will, andere Ehrenamtliche wären mit dieser Aufgabe erst recht überfordert. Nach unserer Meinung reichen aber allein regelmäßige Gespräche zwischen Vertretern der Stadt und Flüchtlingshilfe- Organisationen hier nicht aus.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag, die Stelle eines Migrationsbeauftragten zu schaffen.

Die relativ hohe Zahl befristet Beschäftigter hatte ich bereits eingangs erwähnt. Bei Vertretungsstellen und Maßnahmen der ARGE kann die Befristung sinnvoll sein, bei den Schulsozialarbeitern ist das leider nicht so und führt manchmal zu hoher Fluktuation, weil diese Menschen natürlich auf Dauer angelegte feste Stellen anstreben. An der Gesamtschule z. B. musste aus diesem Grund die Stelle eines Schulsozialarbeiters in den letzten drei Jahren dreimal neu besetzt werden!

Hier muss die Politik (gefragt sind aber vor allem Bund und Land) endlich Sicherheit für Schulen und Beschäftigte schaffen!

Dass bei Flüchtlingen eine Betreuungsstelle befristet ist, erscheint kontraproduktiv, gerade weil erst durch längerfristige Betreuung persönliche Beziehungen hergestellt und Vertrauen aufgebaut werden können.

Trotz sinkender Zahlen leisten ehrenamtlich tätige Mitbürger (deren Zahl aber auch zurückgegangen ist) immer noch viel Integrationsarbeit, welche diesen aber nicht allein übertragen werden kann – und damit kommen wir wieder zu unserem Antrag.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Gunther Heuchel